

Große Koalition für große Herausforderungen?

Warum die Bundesregierung jetzt einen progressiven Neustart braucht

Executive Summary

Aktuellen Umfragen zufolge befinden sich **CDU/CSU und SPD in einem Allzeittief**. Wie das Allensbach-Institut ermittelt hat, sind die Deutschen inzwischen derart unzufrieden mit der Großen Koalition, dass sogar das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt Schaden nimmt.

Die Erwartungen an die Große Koalition und das Zutrauen in ihre Leistungsfähigkeit klaffen deutlich auseinander. Laut einer exklusiven repräsentativen Befragung von *Das Progressive Zentrum* wünschen sich gegenwärtig viele BürgerInnen, dass sich die Regierung vor allem auch für den Ausbau der Infrastruktur (48,5 Prozent), den Klimaschutz (41,5 Prozent), den gesellschaftlichen Zusammenhalt (38,3 Prozent) und die europäische Zusammenarbeit (37,5 Prozent) einsetzt. Jedoch trauen 60,5 Prozent der Befragten der Großen Koalition nicht zu, auf diesen Gebieten substanzielle Fortschritte zu erzielen.

Besonders auffällig: Das Vertrauen zur amtierenden Bundesregierung ist gering, obwohl sich deren **bisherige Arbeit** durchaus sehen lassen kann. Einer Studie des Wissenschaftszentrum Berlin und der Bertelsmann Stiftung zufolge hat sie eine rekordverdächtige Anzahl der im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben bereits verwirklicht oder angepackt. Angesichts dieser Bilanz spricht einiges dafür, dass die Koalition in den kommenden zwei Jahren auch die meisten noch offenen Vorhaben in die Tat umsetzen könnte.

Was dieser Regierung jedoch fehlt, sind ein einleuchtender politischer Begründungszusammenhang, ein inhaltlicher roter Faden sowie eine daraus abgeleitete Schwerpunktsetzung. Dieses Papier liefert dafür Vorschläge: Union und SPD sollten ihre integrative Funktion

als Volksparteien offensiv kommunizieren und beharrlich deutlich machen, dass Interessenausgleich und Kompromiss die Gesellschaft nicht schwächen, sondern stärken. Ausgestattet mit einem solchen **Selbstverständnis** könnte sich gerade die Große Koalition in der jetzigen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation als ein Modell erweisen, das Solidarität und Zusammenhalt in Vielfalt fördert, die Demokratie stabilisiert und zugleich neue Weichen für die Modernisierung Deutschlands stellt.

Will die aktuell amtierende Bundesregierung bis 2021 Bestand haben, braucht sie jetzt einen echten Neustart. Deshalb sollte sie die **Revisionsklausel** im Koalitionsvertrag mit Leben erfüllen, der zufolge in der Mitte der Legislaturperiode aufgrund aktueller Entwicklungen „neue Vorhaben“ verabredet werden können. Hierzu empfiehlt das vorliegende Papier drei Schwerpunkte:

1. eine **Politik für Investitionen in die Zukunft**: in Klimaschutz und vorsorgenden Sozialstaat, in faire Wirtschaft und öffentliche Sicherheit.
2. die **Weiterentwicklung des deutschen Wohlfahrtsmodells**.
3. die **Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit** im Zuge der deutschen Ratspräsidentschaft 2020.

Diese drei Schwerpunkte könnten die Arbeit der Großen Koalition in den kommenden zwei Jahren klar erkennbar strukturieren. Davon ausgehend enthält das Papier 22 weitere progressive Maßnahmen für mehr wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationsfähigkeit sowie größeren sozialen Zusammenhalt in Deutschland. Diese Maßnahmen sind als „Steinbruch an Ideen“ für eine progressive Regierungsagenda ab 2020 gedacht und sollten auch dann geprüft und in die Tat umgesetzt werden, wenn eine andere Regierung als die derzeit amtierende Große Koalition ins Amt käme.

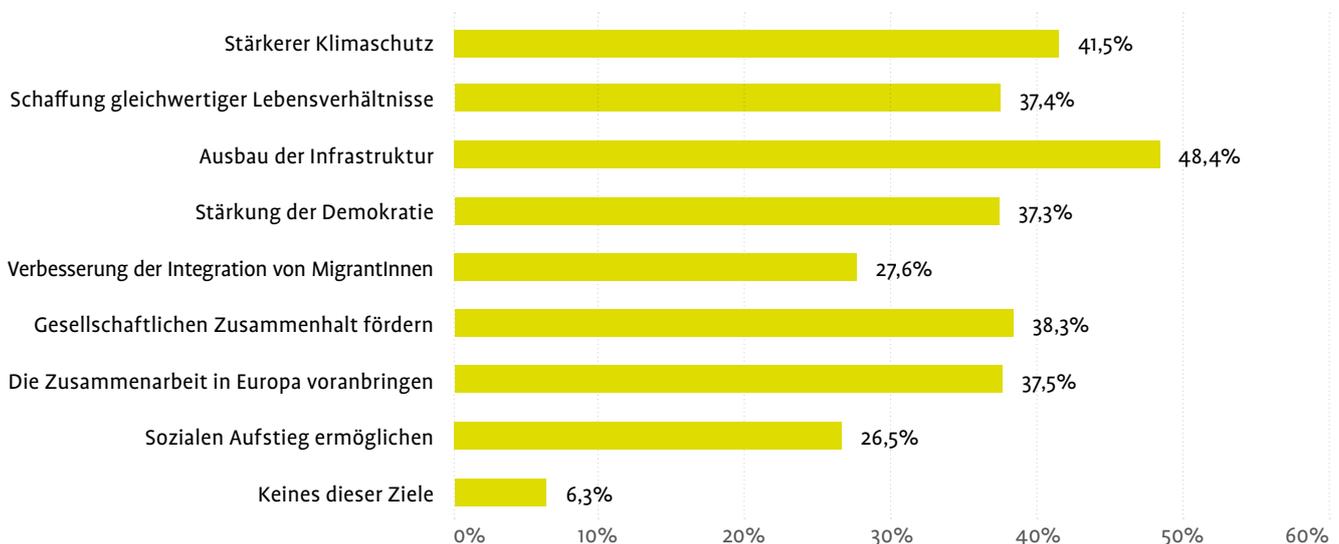
Weitere Impulse finden Sie auf der Website zum Projekt **Progressives Regieren 2020plus**:
www.progressives-zentrum.org/progressives-regieren

Einleitung

Die Große Koalition hat einen schweren Stand. Seit der Bundestagswahl 2017 haben die Regierungsparteien bei jeder Wahl Stimmen verloren. In den Umfragen befinden sich CDU/CSU und SPD auf einem Allzeittief. Einer neuen Befragung des Allensbach-Instituts zufolge nehmen nur 19 Prozent der BürgerInnen die Regierung als stark wahr, 58 Prozent hingegen als schwach.¹ Mehr noch: Die **Unzufriedenheit mit der Großen Koalition** geht einher mit dem Verlust an Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates. Allensbach zufolge glauben nur noch 45 Prozent, dass wir in Deutschland einen „starken, handlungsfähigen Staat“ haben – ebenso viele empfinden den Staat als schwach. Und deutlich weniger BürgerInnen als 2015 sind der Auffassung, dass zu den Stärken Deutschlands das „politische System“ (nur noch 51 Prozent) oder die „politische Stabilität“ (57 Prozent) zählen.

Dabei klaffen die **Erwartungen an und das Zutrauen in die Handlungsfähigkeit** der Großen Koalition deutlich auseinander. Einer exklusiven repräsentativen Befragung von *Das Progressive Zentrum* zufolge wünschen sich viele BürgerInnen, dass die Regierung sich am stärksten für den Ausbau der Infrastruktur (48,5 Prozent), den Klimaschutz (41,5 Prozent), den gesellschaftlichen Zusammenhalt (38,3 Prozent) und die europäische Zusammenarbeit (37,5 Prozent) einsetzt. Zugleich aber trauen 60,5 Prozent der Befragten der Regierung auf keinem dieser ausgewählten, für den Fortschritt entscheidenden Gebiete substanzielle Fortschritte zu. Drei Viertel denken nicht, dass es der Koalition gelingen wird, in der verbleibenden Amtszeit **neue Projekte** anzugehen, die über den Koalitionsvertrag hinausgehen.²

Welche Ziele sollte die Große Koalition Ihrer Meinung nach bis zur Bundestagswahl 2021 am stärksten verfolgen?

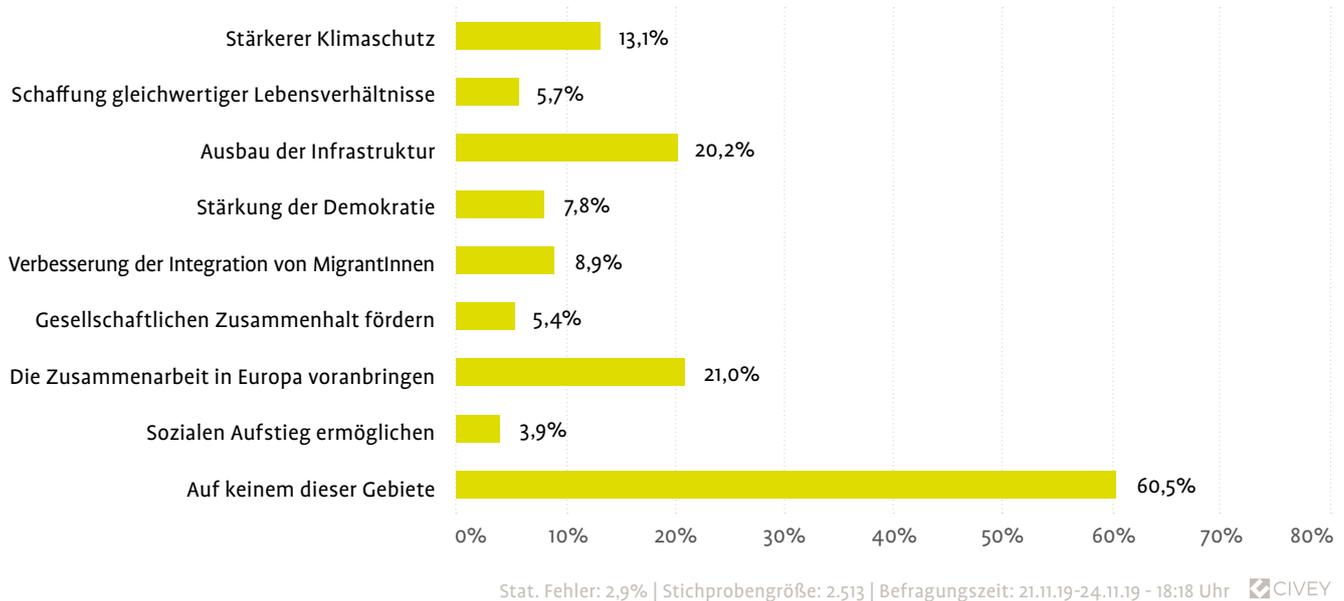


Stat. Fehler: 2,9% | Stichprobengröße: 2.514 | Befragungszeit: 21.11.19-24.11.19 - 18:23 Uhr CIVEY

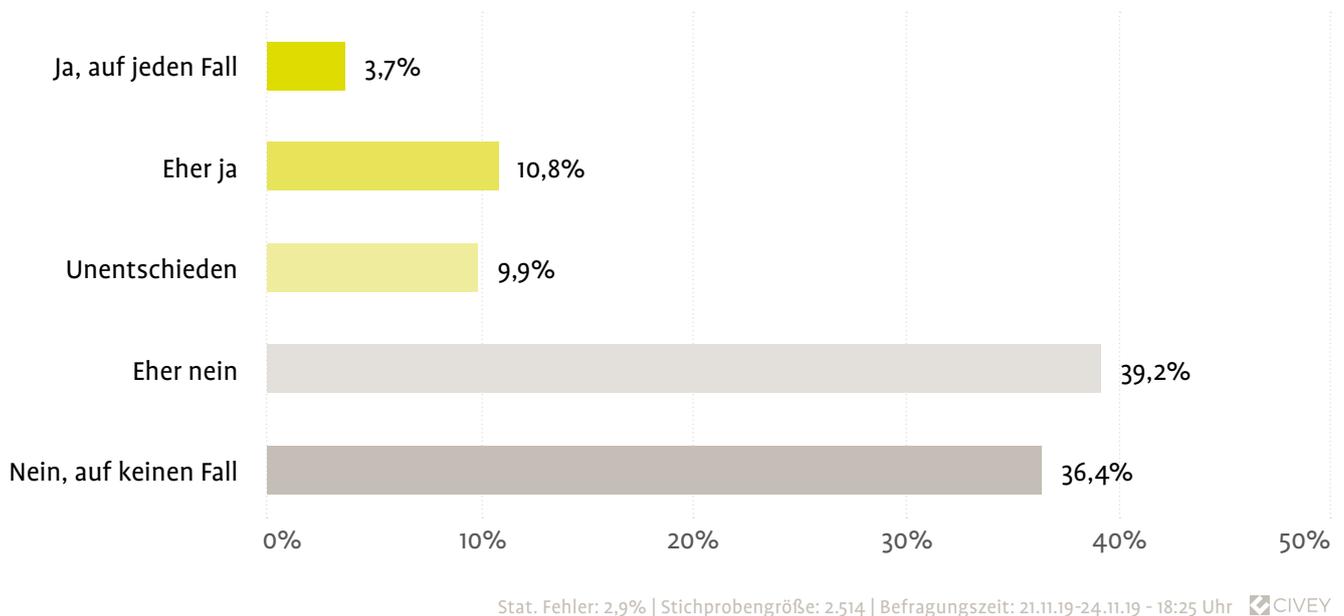
1. FAZ, 20. November 2019, S. 10, Renate Köcher: „Erosion des Vertrauens“.

2. Das Meinungsforschungsunternehmen Civey hat im Auftrag von *Das Progressive Zentrum* 2.514 Personen befragt. Erhebungszeitraum: 21. bis 24.11.2019. Die Ergebnisse sind repräsentativ für Deutschland. Die statistische Fehlergrenze der Gesamtergebnisse liegt bei 2,9 %. Auf die Frage „Denken Sie, es wird der Großen Koalition in den verbleibenden zwei Jahren gelingen, neue Projekte anzugehen, die über den Koalitionsvertrag hinausgehen?“ antworteten 39,2 % „eher nein“ und 36,4 % „nein, auf keinen Fall“. 3,7 % antworteten „ja, auf jeden Fall“ und 10,8 % „eher ja“. 9,9 % gaben ein „unentschieden“ an.

Auf welchen Gebieten trauen Sie der Großen Koalition im Bund zu, in den kommenden zwei Jahren substanzielle Fortschritte zu erzielen?



Denken Sie, es wird der Großen Koalition in den verbleibenden zwei Jahren gelingen, neue Projekte anzugehen, die über den Koalitionsvertrag hinausgehen?



Diese Zahlen sind dramatisch, auch weil sich die Regierungsarbeit der Koalition auf vielen Gebieten sehen lassen kann, zumindest was die Erfüllung des Koalitionsvertrages angeht. Gerade erst haben das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und die Bertelsmann Stiftung in einer Studie der Großen Koalition bescheinigt, bereits im Sommer 2019

rund **60 Prozent der im Koalitionsvertrag festgehaltenen Vorhaben verwirklicht beziehungsweise angepackt** zu haben. Das ist, so die ForscherInnen, im nationalen wie internationalen Vergleich rekordverdächtig.³

3. Bertelsmann-Stiftung, 2019, Robert Vehrkamp und Theres Matthieß: „Besser als ihr Ruf. Halbzeitbilanz der Großen Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2018“.

Nicht zuletzt auf dem Feld der **Sozialpolitik** hat die schwarz-rote Bundesregierung zahlreiche Erfolge zu verzeichnen: Sie hat den sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose eingeführt, eine Pflegeoffensive gestartet, die Alleinerziehenden gestärkt, die Voraussetzungen für mehr Zukunftsinvestitionen geschaffen, Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt beseitigt. Auch die Grundrente ist – nach zwei gescheiterten Anläufen der beiden vorangegangenen Koalitionen – ein deutlicher Schritt nach vorn.

Das Klimaschutzpaket ist zwar umstritten, kann aufgrund der eingesetzten Instrumente und den damit verbundenen Erwartungen der verschiedenen Akteure die deutsche **Klimapolitik** jedoch grundlegend verändern und eine neue klimapolitische Dynamik in Gang setzen. Bis 2023 investiert der Bund mehr als 50 Milliarden Euro in den Klimaschutz und fördert damit die ökologische Modernisierung unseres Landes. Für eine aus der Not geborene Regierung, die keine der beteiligten Parteien ursprünglich wollte, ist das eine gute Arbeitsbilanz, auf der sich weiter aufbauen lassen könnte.

„Was dieser Regierung offenkundig fehlt, ist nicht das Regierungshandwerk, sondern ein einleuchtender politischer Begründungszusammenhang, ein deutlich erkennbarer inhaltlicher roter Faden und eine daraus abgeleitete Schwerpunktsetzung für die Regierungsarbeit.“

Zugleich aber glauben der Studie von WZB/Bertelsmann zufolge nur noch zehn Prozent aller BürgerInnen, dass Regierungen in Deutschland ihre Versprechen einlösen.⁴ Diese Diskrepanz zwischen faktischer und **wahrgenommener Politik** ist beunruhigend. Sie zeigt: Es reicht nicht aus, vor zwei Jahren in Koalitionsverhandlungen beschlossene Einzelmaßnahmen abzuarbeiten, um den Erwartungen der Bevölkerung gerecht zu werden und gesellschaftliche Zustimmung zu sichern. Was dieser Regierung offenkundig fehlt, ist nicht das Regierungshandwerk, sondern ein einleuchtender politischer Begründungszusammenhang, ein deutlich erkennbarer inhaltlicher roter Faden und eine daraus abgeleitete

Schwerpunktsetzung für die Regierungsarbeit. Da eine grundlegend positive Veränderungsdynamik, der sich diese Regierung jenseits aller Einzelmaßnahmen verpflichtet weiß, nicht wirklich erkennbar ist, fühlen sich die BürgerInnen weder angesprochen noch mitgenommen. In wichtigen Politikfeldern scheint es zudem an der notwendigen Ausdauer und Umsetzungsenergie zu mangeln.

Beispiel **Europapolitik**: Der im Koalitionsvertrag versprochene Neustart in der Europapolitik ist bislang nicht erfolgt. Mehr noch: Die handelnden deutschen Akteure haben ihn in der EU noch nicht einmal eingefordert. Auf europapolitischer Ebene wirkt diese Regierung ambitionslos. Und das, obwohl die Debatten um die Seenotrettung im Mittelmeer, die Folgen des Brexit oder auch die Initiativen des französischen Präsidenten Macron belegen: Der Reformbedarf in Europa ist riesig. Als größtes Mitgliedsland muss Deutschland agieren und nicht nur reagieren. Doch derzeit stimmen die deutsche Haltung und der europäische Bedarf nicht überein.

Zweites Beispiel: **Investitionspolitik**. Es ist gut, dass die Bundesregierung die Investitionstätigkeit auf vielen Gebieten erhöht hat, nicht zuletzt aufgrund der für diesen Zweck eigens durchgeführten Verfassungsänderungen, die zusätzliche Bundesmittel für Schulen, Wohnungsbau und kommunale Infrastruktur ermöglichen. Die internationale ökonomische Debatte über staatliche Ausgabenpläne geht aber darüber hinaus. Selbst einige konservative ÖkonomInnen sind mittlerweile der Auffassung, Deutschland müsse weit mehr Geld für Zukunftsinvestitionen aufwenden als bisher. Auch fordern Unternehmerverbände und Gewerkschaften gemeinsam zu verstärkten investitionspolitischen Aktivitäten auf.

Dass die Bundesregierung dennoch am Prinzip der „schwarzen Null“ festhält, ist in der aktuellen Niedrigzinsphase ein Fehler. Dabei ist der Hinweis auf gegenwärtig nicht genutzte Haushaltsmittel nur bedingt nachvollziehbar. Es fehlt eine mittel- bis langfristige **Erhöhung und Verstetigung der Investitionsmittel**. Dies ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass die notwendigen Planungs- und Ausführungskapazitäten auf öffentlicher und privatwirtschaftlicher Seite geschaffen werden. Auch an dieser Stelle wirkt die Bundesregierung eher wie eine Getriebene als eine Gestalterin.

4. Ebenda, S. 28ff.

Die geringen Zustimmungswerte der Koalition verweisen aber noch auf ein anderes Problem. Wen wundert es eigentlich, dass WählerInnen der Regierung nur wenig zutrauen, wenn die Koalitionspartner ihre gefundenen Kompromisse schneller einander madig machen, als gemeinsame Erfolge kommuniziert werden können? Die massive **Kritik aus den eigenen Reihen** am Klimapaket der Großen Koalition etwa mögen manche als unabdingbar für die Profilschärfung erachten, sie wirkt aber auf viele Menschen verwirrend und verwässert zugleich das Erreichte. Infolgedessen gelten sowohl das Regierungsbündnis insgesamt als auch die drei Parteien als uneinig. Dem Allensbach-Institut zufolge erachten 53 Prozent der Befragten CDU/CSU und 64 Prozent die SPD als zerstritten.⁵ Bei den Grünen (4 Prozent), der FDP (4 Prozent) und der Linkspartei (9 Prozent) liegen die Werte deutlich niedriger.

GUTE GRÜNDE FÜR DIE GROKO

Deutschland braucht nicht zuletzt auch mit Blick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 eine zukunftsorientierte Regierung. Die **Aufgaben der Politik** sind enorm:

- die zunehmende soziale und regionale Verunsicherung und Ungleichheit,
- die wirtschaftlichen Transformationsprozesse,
- der drohende Brexit,
- die ungelösten strukturellen Probleme der Europäischen Union und Eurozone,
- die weltweiten Bewegungen von Geflüchteten
- und die Bedrohung des Friedens vor der Tür Europas beispielsweise durch die anhaltenden Konflikte in Syrien und Libyen.

„Diese Herausforderungen sind so massiv, dass es für eine selbst herbeigeführte Phase der Unsicherheit keine Zeit und keine Notwendigkeit gibt.“

Diese Herausforderungen sind so massiv, dass es für eine selbst herbeigeführte Phase der Unsicherheit keine Zeit und keine Notwendigkeit gibt. Dies gilt umso mehr, da im Jahr 2020 mit der Hamburger Bürgerschaftswahl im Februar nur eine Landtagswahl stattfindet und die

Regierungsparteien weitgehend ungestört arbeiten könnten. Die allermeisten BürgerInnen wollen **keine vorgezogene Bundestagswahl**. Laut Allensbach gilt dies sogar für die Mehrheit der AnhängerInnen der Oppositionsparteien. Und was die SPD angeht, so haben erst im März 2018 zwei Drittel ihrer Mitglieder diese Koalition für volle vier Jahre gebilligt.

„Den bisherigen Koalitionsvertrag weiter abzuarbeiten ist notwendig, aber nicht hinreichend.“

Es gibt also neben der guten Zwischenbilanz weitere Gründe, die Große Koalition fortzusetzen – vorausgesetzt jedoch, es lässt sich eine Regierungsagenda formulieren und in die Tat umsetzen, die den **veränderten Erwartungen** entspricht und ebenso ambitioniert wie wirkungsvoll ist. Den bisherigen Koalitionsvertrag weiter abzuarbeiten ist notwendig, aber nicht hinreichend. Derzeit ist noch ein gutes Drittel der Vorhaben des bestehenden Koalitionsvertrages nicht erfüllt. Darunter sind jedoch nur noch wenige Projekte von hoher Strahlkraft wie die Begrenzung von sachgrundlosen Befristungen, die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer oder das Vorhaben, die rechtlichen Voraussetzungen für vollautonome Fahrzeuge zu schaffen. Die meisten verbliebenen Vorhaben, so wichtig sie sind, haben lediglich eine geringe bis mittlere Regulierungsreichweite – von der Einführung einer Landarztquote bis zur Einführung eines bundesweiten E-Tickets im ÖPNV.

Vonnöten ist daher ein **echter Neustart** mit einem neuen kompakten **Regierungsprogramm**,

- das die veränderten Herausforderungen seit 2017 im Sinne einer gemeinsamen Problemdefinition beschreibt,
- das eine Begründung und ein Leitmotiv für die Arbeit der kommenden zwei Jahre formuliert
- und für das zusätzliche Maßnahmen vereinbart werden.

Die Gelegenheit dafür ist jetzt. Denn der Koalitionsvertrag von 2018 enthält eine **Revisionsklausel**: „Zur Mitte der Legislaturperiode wird eine Bestandsaufnahme des

5. FAZ, 20. November 2019, S: 10, Renate Köcher: „Erosion des Vertrauens“.

Koalitionsvertrages erfolgen, inwieweit dessen Bestimmungen umgesetzt wurden oder aufgrund aktueller Entwicklungen neue Vorhaben vereinbart werden müssen.“ Diese Formel muss nun mit Leben gefüllt werden.

VERÄNDERTE HERAUSFORDERUNGEN ERFORDERN EINE ANDERE POLITIK

In den vergangenen zwei Jahren ist in Deutschland und der Welt viel passiert. Damit ist für die Regierungspolitik eine veränderte Lage entstanden. Dies betrifft zum einen die **Dringlichkeit und gesellschaftspolitische Relevanz einzelner Themenfelder**:

So hat die Fridays-for-Future-Bewegung maßgeblich dazu beigetragen, dass der **Schutz des Weltklimas** und das im Pariser Abkommen vereinbarte Zwei-Grad-Ziel in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt sind. Mit der Einrichtung des Klimakabinetts und dem Klimaschutzprogramm 2030 hat die Bundesregierung substantielle politische Fortschritte erzielt. Die ersten Maßnahmen sind demnächst rechtskräftig, so etwa die Einführung eines CO₂-Preises. Weitere Vorhaben wie der Kohleausstieg und die Strukturhilfen für die wirtschaftliche Entwicklung der Kohleregionen sind noch in Arbeit. Derzeit ergeben die vielen sinnvollen Einzelmaßnahmen aber noch keine überzeugende Fortschrittserzählung für ein klimaneutrales Deutschland.

Zugleich wird immer deutlicher, dass die **deutsche Wirtschaft** erstmals seit zehn Jahren in eine Phase schwachen Wachstums gerät. Neue Technologien und Geschäftsmodelle ebenso wie die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation machen einen grundlegenden Strukturwandel der Wirtschaft erforderlich. Neue Branchen entstehen und prosperieren, ältere geraten ins Straucheln. Unternehmen und ihre MitarbeiterInnen müssen auf diesen Wandel in vielen Bereichen reagieren, um die Stärken der deutschen Wirtschaft zu erhalten. Auch die deutsche Automobilindustrie, direkt oder indirekt für rund 7,7 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung Deutschlands verantwortlich, befindet sich in einem umfassenden Transformationsprozess.

Ferner werden die **Lücken in der staatlichen Daseinsvorsorge** immer spürbarer. In der Pflege, im Gesundheitssektor und im Bildungsbereich mangelt es zunehmend an

Personal und Ausstattung. Dasselbe gilt für den Bereich der öffentlichen Infrastruktur: Auch wenn die Investitionen auf Rekordniveau angelangt sind, reichen sie nicht aus, um die jahrzehntelange Vernachlässigung wettzumachen. Sie sind zu gering, um die Modernisierung auf den Feldern Forschung und Entwicklung, Breitbandausbau und 5G voranzutreiben.

Parallel hat in Deutschland die **materielle Ungleichheit** in diesem Jahrzehnt weiter zugenommen, während die soziale Aufwärtsmobilität noch immer zu gering ist. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen im ganzen Land, wie sie das Grundgesetz als Staatsziel formuliert, kann weiterhin keine Rede sein.

Mit Blick auf die **innere Sicherheit** haben uns die Terrorakte von Kassel und Halle die Gefahr durch den Rechtsextremismus drastisch vor Augen geführt. Zugleich dürften die unübersichtlichen Entwicklungen in Syrien und dem Nahen Osten die Gefahren des islamistischen Terrors deutlich erhöht haben. Die Sicherheitsbehörden stehen vor großen Herausforderungen. Dafür benötigen sie politischen Rückhalt, kluge Strategien, entsprechendes Personal und die erforderliche Ausstattung.

„Die deutsche Ratspräsidentschaft 2020 und die französische Ratspräsidentschaft 2022 sind die vielleicht wichtigsten Zeitfenster bis zur Europawahl 2024, um europäische Politik fortzuentwickeln.“

Darüber hinaus wird in den kommenden zwei Jahren die **Europapolitik** eine zentrale Rolle spielen. Die deutsche Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 ist eine Chance, die Bedeutung der Europäischen Union für Frieden und Wohlstand im öffentlichen Bewusstsein neu zu verankern, eine Debatte über notwendige Reformen zu führen und zentrale europapolitische Vorhaben voranzutreiben – mit dem Ziel, Europa sozialer, ökologischer und demokratischer zu machen. Die deutsche Ratspräsidentschaft 2020 und die französische Ratspräsidentschaft 2022 sind die vielleicht wichtigsten Zeitfenster bis zur Europawahl 2024, um europäische Politik fortzuentwickeln.

Zum anderen hat sich aber auch der **Zustand unserer Gesellschaft** verändert – und damit die Grundbedingung, unter der Politik stattfindet:

Im Zuge des **Aufstiegs der AfD** mit ihrer Strategie des permanenten Tabubruchs hat sich – in Verbindung mit den Aufmerksamkeitslogiken der sozialen Medien – der öffentliche Diskurs verhärtet. Das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz demokratischer Institutionen und das Verständnis für deren Funktionsweisen haben in den vergangenen Jahren abgenommen. Hinzu kommt, dass immer weniger Menschen die Bereitschaft aufbringen, zwischen ihren eigenen Interessen und Vorstellungen – ob nun berechtigt oder nicht – und dem Gemeinwohl zu unterscheiden.

Der **politische Diskurs** droht sich zu radikalieren: Die Skepsis gegenüber kollektiven Lösungen und Kompromissen, die nicht hundertprozentig den eigenen Vorstellungen entsprechen, steigt immer mehr. In einer Gesellschaft der Zuspitzung und Emotionalisierung sind zunehmend weniger politische AkteurInnen und BürgerInnen bereit, die Komplexität und Widersprüchlichkeit politischer Sachverhalte sowie Zielkonflikte und demokratische Kompromisse zu akzeptieren. Sie sehen die politischen Herausforderungen, wollen aber häufig einfache Antworten. Die Gesellschaft erscheint zunehmend polarisiert zwischen Arm und Reich, Stadt und Land, DieselfahrerInnen und KlimaaktivistInnen, Weltoffenen und Heimatverbundenen.

„Wer nicht kompromissfähig ist, ist nicht politikfähig und damit auch nicht zukunftsfähig.“

Eine **gespaltene Gesellschaft**, in der ein Teil den radikalen Wandel vehement einfordert und ein anderer Teil diesen ebenso vehement ablehnt, blockiert sich selbst. Fortschrittliche Politik kann nur nachhaltig sein, wenn inhaltliche Auseinandersetzungen in allgemein akzeptierte Kompromisse überführt werden können. Wer nicht kompromissfähig ist, ist nicht politikfähig und damit auch nicht zukunftsfähig. Deshalb sind auch unter den Bedingungen gesellschaftlicher Vielfalt der Zusammenhalt und ein Gefühl grundsätzlicher Zusammengehörigkeit notwendige Voraussetzungen für progressive politische

Gestaltung. Wie eine neue Studie der Organisation „More in Common“ zeigt, sehnen sich viele Menschen genau danach, glauben aber nicht mehr so recht daran, dass es diesen Zusammenhalt noch gibt.⁶

EIN BEGRÜNDUNGSZUSAMMENHANG FÜR DIE GROSSE KOALITION

Hieraus ergibt sich der tiefere Begründungszusammenhang für die mögliche Weiterführung der Großen Koalition. Der **Wesenskern der Volksparteien** liegt in der Integration widerstreitender Interessen und unterschiedlicher Milieus. Sie müssen in der Lage sein, politische Konflikte und Debatten innerhalb ihrer Strukturen zu kanalisieren. Sie haben die Möglichkeit, ihre zahlreichen Mitglieder bei einem Thema zu vereinen und gesellschaftliche Bündnisse zu aktivieren, noch bevor mit anderen Parteien darüber diskutiert wird.

„Wo politische Diskussionen schnell in moralische Empörungsdebatten umkippen, können Volksparteien der Schlüssel zu einer sachlichen Debatte sein.“

Wo politische Diskussionen schnell in moralische Empörungsdebatten umkippen, können **Volksparteien** der Schlüssel zu einer sachlichen Debatte sein. Angesichts des aktuellen Problemdrucks ist es gerade jetzt ihre Aufgabe, über die gesellschaftlichen Großkonflikte zu debattieren und nach dem Motto „die Große Koalition muss große Probleme lösen“ progressive Lösungen in praktische Politik zu gießen. Diesseits der Sehnsucht nach radikalem Umbau ist wirkliche Veränderung dann möglich, wenn die Volksparteien ihre verbliebenen integrativen Kräfte bündeln und unsere Gesellschaft mit vereinten Kräften durch den Wandel navigieren.

In einer Demokratie dürfen sich nicht Partikularinteressen durchsetzen, sondern es geht um gemeinsame Lösungen und mühsam ausgehandelte Kompromisse, die dafür aber längerfristigen Bestand haben. Die Große Koalition muss für die Demokratie wieder den Beweis erbringen und offensiv dafür werben, dass Interessenausgleich und nachhaltige Problemlösung im Konsens nach wie vor

6. More in Common, 2019, Laura Kristine-Krause und Jérémie Gagné: „Die andere deutsche Teilung: Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft“, <https://www.dieandereiteilung.de/>

möglich sind und der Kompromiss die Gesellschaft nicht schwächt, sondern stärkt. Mit einem solchen **Selbstverständnis** wäre die Große Koalition in der jetzigen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation ein Modell, welches Solidarität und Zusammenhalt in Vielfalt fördern, die Demokratie stabilisieren – und zugleich neue Weichen für die Modernisierung Deutschlands stellen könnte.

EIN NEUES REGIERUNGSPROGRAMM?

Demokratische Politik bewirkt häufig nur inkrementelle Fortschritte, die dafür umso nachhaltiger sein können. Klar ist deshalb: Die Regierungsparteien können nicht alle Herausforderungen dieser Welt mit einem magischen Knall lösen. Wahr ist aber auch: Die Große Koalition wird in den kommenden zwei Jahren nur dann Überzeugungskraft entwickeln können, wenn sie eine **neue Lust auf gemeinsames Gestalten** ausstrahlt – und den emotionalen Identifikationsangeboten der RechtspopulistInnen größere Begeisterungsfähigkeit entgegensetzt.

„Die Große Koalition muss glaubhaft machen, dass sie zentrale Zukunftsthemen erkannt hat und den unbedingten Willen besitzt, diese vorwärtsgewandt, offen und neugierig anzupacken.“

Sie muss glaubhaft machen, dass sie zentrale Zukunftsthemen erkannt hat und den unbedingten Willen besitzt, diese vorwärtsgewandt, offen und neugierig anzupacken. Will sie eine Zukunft haben, darf die Große Koalition nicht als Verwalterin des Status quo erscheinen, sondern muss zupackende Gestalterin sein.

Das Progressive Zentrum schlägt der Bundesregierung deshalb vor, sich in der verbleibenden Amtszeit neue Schwerpunkte zu setzen und dafür spätestens im ersten Quartal 2020 **zusätzliche Vorhaben** zu vereinbaren. In seinem Projekt „Progressives Regieren 2020plus“ hat Das Progressive Zentrum Vorschläge für eine Schwerpunktsetzung und konkrete Maßnahmen erarbeitet, die eine progressive Regierungspolitik verwirklichen sollte. Diese Punkte haben aus unserer Sicht hohe Dringlichkeit. Sie sind als „Steinbruch an Ideen“ gedacht und sollten auch in dem Fall bearbeitet werden, dass eine neue Regierung ins Amt kommt.

Mögliche Schwerpunkte bis 2021

Wenn sie das Versprechen einlösen wollen, dass eine Große Koalition große Herausforderungen bewältigen kann, dann müssen Union und SPD insbesondere auf **drei Feldern Schwerpunkte** setzen:

Erstens sollte offensiv der Anspruch formuliert werden, eine **Politik für Investitionen in die Zukunft** betreiben zu wollen – in Klimaschutz, einen vorsorgenden Sozialstaat, eine faire Wirtschaft und in die öffentliche Sicherheit.

„Aufbauend auf den bestehenden Investitionsplänen der Bundesregierung braucht Deutschland eine neue, langfristige Investitionsagenda für die ökologische Transformation und gleichwertige Lebensverhältnisse.“

Aufbauend auf den bestehenden Investitionsplänen der Bundesregierung braucht Deutschland eine neue, langfristige **Investitionsagenda** für die ökologische Transformation und gleichwertige Lebensverhältnisse. Dies wird ohne Veränderungen bei den politischen Rahmenbedingungen und bei der staatlichen Umsetzungskompetenz für Investitionen nicht funktionieren. Wie kann der Staat besser in die Lage versetzt werden, Investitionsprojekte zu planen und zu verwirklichen? Schließlich scheitert es häufig gar nicht am fehlenden Geld, sondern an den bürokratischen Hürden und langen Planungshorizonten.

Eines der wichtigsten Projekte der Großen Koalition ist das **Planungsbeschleunigungsgesetz**, das Ende 2018 verabschiedet worden ist. Dieses Gesetz hat allerdings einen Geburtsfehler: Es gilt nur für die Bereiche Straßen-, Schienen- und Wasserstraßenbau. Es sollte auf alle relevanten Investitionsbereiche ausgedehnt werden. Außerdem muss es zeitnah evaluiert werden, um umgehend neue Erkenntnisse aufzunehmen und so eine wirkungsvolle Planungsbeschleunigung zu ermöglichen. Die von der Regierung geplanten Gesetze zur schnelleren Genehmigung von Ersatzneubauten und das so genannte Maßnahmenengesetz sollte der Bundestag schnell

verabschieden. Ferner ist zu prüfen, inwiefern Gerichte personell gestärkt werden können, um Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, und inwiefern Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren besser verzahnt werden können. Ebenso notwendig ist es, wirkungsvolle und zügige Bürgerbeteiligungsverfahren zu schaffen, um lange Verzögerungen zu vermeiden.

Eine Änderung der Schuldenregel im Grundgesetz, wie sie einige ÖkonomInnen mit guten Gründen fordern, hat politisch derzeit wenig Aussicht auf Umsetzung. Erfolgversprechender wäre es deshalb, wenn die Große Koalition zunächst die **Konjunkturkomponente der Schuldenregel anpassen** würde. In ihrer derzeitigen Ausgestaltung ermöglicht die Schuldenbremse Verschuldungsspielräume in Aufschwungsphasen, in denen sie gar nicht benötigt werden, während sie in Phasen des Abschwungs zu wenig Flexibilität erlauben könnte. Eine Anpassung der Konjunkturkomponente in der Schuldenregel könnte ohne Grundgesetzänderung erfolgen. Zudem sollte die Gründung eines selbstständigen Sondervermögens „Zukunftsinvestitionen“ geprüft werden, wie es namhafte ÖkonomInnen vorgeschlagen haben.

Zweitens sollte diese Große Koalition den Grundstein für eine **Weiterentwicklung des deutschen Wohlfahrtsmodells** legen. In vielfältiger Weise erleben wir seit einigen Jahren den Umbau des deutschen Sozialstaates von einem konservativen in einen stärker infrastruktur- und dienstleistungsorientierten Sozialstaat. Dieser Prozess verläuft gemessen am gesellschaftlichen Bedarf zu zögerlich, wie wir insbesondere in den Bereichen der Kinderbetreuung und der Altenpflege beobachten können.

Um den facettenreichen Suchbewegungen wieder eine klare Richtung zu geben, benötigen wir eine neue Sozialstaatsdebatte. Wie kann ein Sozialstaat im 21. Jahrhundert Zusammenhalt stiften, Menschen befähigen, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen und aufzusteigen, Anerkennung für Lebensleistung vermitteln und zugleich der oder dem Einzelnen in Zeiten des digitalen Wandels Schutz gewähren? Es geht um einen **befähigenden Sozialstaat der Anerkennung**. Um diesen zu verwirklichen, wird neben institutionellen, strukturellen und ressourcenbezogenen Themen auch die Rolle von organisationskulturellen und personalpolitischen Ansätzen zu diskutieren sein.

Erst wenn grundlegende Fragen über **Ziele und Charakter des Sozialstaates**, das ihm zugrundeliegende Menschenbild, Vorstellungen der Bedeutung von Arbeit und zeitpolitische Normen beantwortet sind, lassen sich entsprechende sozialpolitische Instrumente entwickeln beziehungsweise existierende transformieren.

„Der Großen Koalition kann es gelingen, die notwendige Weiterentwicklung des Sozialstaates zumindest vorzubereiten und einzuleiten.“

In der Geschichte der Bundesrepublik waren Union und SPD seit der umfangreichen Rentenreform 1957 bei allen **großen Sozialstaatsreformen** gemeinsam und kooperativ beteiligt. Der Großen Koalition kann es gelingen, die notwendige Weiterentwicklung zumindest vorzubereiten und einzuleiten. Sie sollte die beschlossene Grundrente zum Ausgangspunkt nehmen, um eine solche Modernisierungsdiskussion insbesondere auf den Feldern Rente, Pflege, Qualifikationen und vorbeugende Politik systematisch zu führen. So könnte die Rentenkommission zu einer großen **Sozialstaatskommission** ausgebaut werden, die ein gemeinsames sozialstaatliches Leitbild der Zukunft entwickelt.

Drittens bietet die **deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020** die Gelegenheit, die Vorhaben der Regierung auch über die europäische Ebene zu flankieren. Viele der Herausforderungen sind nicht mehr allein auf nationaler Ebene zu bewältigen, sie müssen europäisch gedacht werden. „Ein neuer Aufbruch für Europa“ – dieser Anspruch aus dem Koalitionsvertrag muss im Zuge der Ratspräsidentschaft endlich eingelöst werden. Dafür sollte die Bundesregierung Kernprojekte analysieren und diese bereits im Vorfeld so weit vorantreiben, dass im zweiten Halbjahr 2020 sichtbare Umsetzungsschritte in den Räten erfolgen können.

Dabei geht es nicht zuletzt um Investitionen in Infrastruktur und Technologie **auf europäischer Ebene**. Aber auch geplante Projekte wie nationale Mindestlöhne, die gemeinsamen europäischen Normen und Standards folgen, die Europäische Arbeitslosenrückversicherung oder eine Initiative für faire Lieferketten müssen der

Öffentlichkeit bekannt gemacht und dann in die Tat umgesetzt werden. Eine progressive Bundesregierung bindet auf diesem Weg die europäische Zivilgesellschaft eng mit ein.

Mögliche Maßnahmen für die kommenden Jahre

Die oben genannten Schwerpunktfelder können die Arbeit der Großen Koalition in den kommenden zwei Jahren strukturieren. Davon ausgehend schlagen wir hier auf ausgewählten Gebieten **neue Maßnahmen** vor, die für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationsfähigkeit und für den sozialen Zusammenhalt wichtig sind. Die hier formulierten Vorschläge sind Anregungen und Ideen für die nächsten Jahre – beispielhaft und ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

I. KLIMAPOLITIK

Das Klimaschutzgesetz mit seinem Bekenntnis zur Treibhausgasneutralität 2050 ist ein Megaprojekt, das Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf Jahrzehnte hinaus neu prägen wird.

„Klimaschutz muss zu einem gesellschaftlichen Reformprojekt werden, das möglichst viele Menschen einbezieht und konkrete Aussichten auf ein besseres Leben schafft.“

Klimaschutz muss zu einem **gesellschaftlichen Reformprojekt** werden, das möglichst viele Menschen einbezieht und konkrete Aussichten auf ein besseres Leben schafft. Dieses Vorhaben kann nur dann eine nachhaltige positive Wirkung auf das Weltklima haben, wenn es aus der Sicht anderer Länder zu einem nachahmenswerten Erfolgsmodell wird. Dafür muss der CO₂-neutrale Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft so ausgestaltet sein, dass er das deutsche Wirtschaftsmodell mit seinen starken industriellen Kernbereichen etwa der Automobilindustrie, der Chemiebranche und der Biowissenschaften stärkt und neue Arbeitsplätze schafft. Vernünftige Klimapolitik muss zu mehr Wohlstand führen, nicht zu weniger.

Gleichzeitig müssen **Wohlstand und Ressourcenverbrauch voneinander entkoppelt** werden. Der anstehende Strukturwandel sollte daher auf neuen Technologien basieren, entwickelt von innovativen UnternehmerInnen und hochspezialisierten ArbeitnehmerInnen. Progressive Politik fördert auf der individuellen Ebene klimafreundliches Verhalten und den Ausbau einer entsprechenden Infrastruktur, sie ist aber zugleich auch „Anwältin des deutschen Ingenieurwesens“ und berücksichtigt die wirtschaftspolitischen Dimensionen klimapolitischer Entscheidungen.

Ebenso wichtig ist es, den klimafreundlichen Umbau der betreffenden Sektoren sozial gerecht auszugestalten. Nur so kann die Klimafrage **von einem Verunsicherungsthema zu einem Zuversichts- und Gestaltungsthema** werden. Zum Beispiel müssen die Regionen, in denen der Strukturwandel besonders tiefgreifend ist, auf staatliche Förderprogramme zählen können (s. u.).

WIR SCHLAGEN VOR:

- 1) Die Bundesregierung sollte noch stärker auf Innovationen und Investitionen setzen. Das Klimaschutzprogramm 2030 kann nur ein Auftakt sein. Wir brauchen eine kohärente **Forschungsagenda**, die Deutschland zum Technologieführer klimafreundlicher Lösungen in den Schlüsselsektoren Industrie, Bauen und Verkehr macht, die wirtschaftliche Strukturförderung und Technologieentwicklung zusammen denkt und Schwerpunkte für Forschung und Entwicklung definiert.
- 2) Wir können unsere Klimaziele nur erreichen, wenn uns die **Energiewende und die Sektorkopplung** gelingen, also die Elektrifizierung des Verkehrs- und Gebäudesektors. Sowohl der Ausbau der Netzinfrastruktur als auch der Ausbaupfad der erneuerbaren Energien bleiben zentrale Baustellen. Kohleausstieg und Ausbau der erneuerbaren Energien gehören zusammen. Ersterer wird nur erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, einen großen Teil unseres Strombedarfs aus erneuerbaren Energien zu decken. Außerdem muss die Infrastruktur für E-Mobilität und den Bahnverkehr deutlich ausgebaut werden. Wir brauchen in allen Bereichen zusätzliche Impulse und müssen darauf achten, dass die Akzeptanz der Energiewende bei den BürgerInnen gesteigert wird.

„Die deutsche Ratspräsidentschaft 2020 sollte sich eine stärkere Verknüpfung der Klimaschutzpolitik mit der Kreislaufwirtschaft auf die Fahnen schreiben.“

- 3) Die deutsche Ratspräsidentschaft 2020 sollte sich eine **stärkere Verknüpfung der Klimaschutzpolitik mit der Kreislaufwirtschaft** auf die Fahnen schreiben. Wir brauchen eine EU-Handelspolitik, die Nachhaltigkeit entlang der gesamten Wertschöpfungsketten verbessert und die Treibhausgase nicht einfach ins Ausland exportiert.
- 4) Progressive Politik unternimmt einen neuen Anlauf, das **europäische Eisenbahnnetz** zu vereinheitlichen und attraktiver zu machen. Unter anderem sollten die europäischen Nachtzüge zwischen allen Metropolen wieder aufgenommen oder neu eingesetzt werden. Züge müssen auch für lange Strecken eine attraktive Alternative zu Auto und Flugzeug werden. Dafür ist ein europäisches Hochgeschwindigkeitsnetz notwendig, das beispielhaft Athen und Helsinki sowie Madrid und Budapest miteinander verbindet.

II. MODERNE WIRTSCHAFTSPOLITIK IST POLITIK FÜR GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE

Die Wirtschaft verändert sich rasant. Amerikanische und chinesische Großkonzerne revolutionieren mit neuen, wenig regulierten Geschäftsmodellen ganze Märkte. Darauf müssen die europäischen Staaten mit **neuen Regeln und mehr Steuergerechtigkeit** antworten. Beispielsweise geht es um die Änderung der Eigentums-, Zugangs- und Nutzungsrechte von Daten, damit datengetriebene Geschäftsmodelle nicht nur den digitalen Monopolen, sondern verstärkt auch anderen Wettbewerbern, den VerbraucherInnen und der Gesellschaft zugutekommen.

Es geht zudem um eine wirksame **Besteuerung globaler Internetkonzerne**. Globalisierung, Digitalisierung und Automatisierung in der Produktion haben gesamtwirtschaftlich enorm positive Auswirkungen, aber sie haben auch Probleme geschaffen: Wirtschaftlich können wir mit einer „Automatisierungsdividende“ aus der weiteren Digitalisierung der Industrieproduktion sowie der

Entstehung neuer digitaler Dienstleistungen rechnen. Der gesamtgesellschaftliche Reichtum nimmt aller Voraussicht nach zu.

„Es stellen sich neue Verteilungsfragen. Globalisierung, Digitalisierung und Automatisierung bieten die Chance auf ein besseres Leben für alle – vorausgesetzt, wir sorgen dafür, dass der maschinell produzierte Reichtum auch gerecht verteilt wird.“

Gleichzeitig gibt es auch VerliererInnen auf dem Arbeitsmarkt und die Einkommensungleichheit nimmt tendenziell ebenfalls zu. Es stellen sich also neue **Verteilungsfragen**. Globalisierung, Digitalisierung und Automatisierung bieten die Chance auf ein besseres Leben für alle – vorausgesetzt, wir sorgen dafür, dass der maschinell produzierte Reichtum auch gerecht verteilt wird.

Vonnöten sind nun die Förderung einer aktiven Lohnpolitik sowie die weitere **Steigerung von Zukunftsinvestitionen** insbesondere in Bildung. Deutschland bewegt sich bei Ausgaben für die schulische Bildung nach wie vor im unteren Drittel der OECD. Das Produktivitätswachstum muss mittelfristig erhöht und gleichzeitig vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden.

Außerdem wird es für die vergleichsweise dezentral strukturierte deutsche Wirtschaft mit ihren vielen „hidden champions“ samt Zulieferbetrieben in der Provinz und den dort existierenden vielen guten Arbeitsplätzen elementar darauf ankommen, künftig möglichst überall in Deutschland **gleichwertige Lebensverhältnisse** zu garantieren. Es ist gesamtwirtschaftlich von Nachteil, dass in der Vergangenheit gerade auf kommunaler Ebene die Investitionen massiv eingebrochen sind. Neue Technologien, Digitalisierung und der Einsatz von Maschinen sowie der Trend zur Bevölkerungsabwanderung in die Städte könnten bestehende regionale Unterschiede weiter verschärfen.

Um industrielle Kerne zu erhalten, die Potenziale neuer Technologien zu nutzen und damit weitere räumliche Ungleichgewichte zu verhindern, ist eine umfassende Strategie notwendig – von guten Verkehrswegen über

die digitale Versorgung bis hin zu Bildungsangeboten. Die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ der Bundesregierung hat hier gute Vorarbeit geleistet. **Passgenaue Regionalpolitik** ist nachhaltige Wirtschaftspolitik. Gleichwertige Lebensverhältnisse müssen künftig zum Leitbild der Bundespolitik werden.

WIR SCHLAGEN VOR:

- 1) Die Regierung hat im Sommer 2019 beschlossen, im Rahmen des „**Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen**“ für die drei großen Braunkohlereviere in Deutschland 40 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel sollten so eingesetzt werden, dass sie nachhaltige Industriestrukturen und die Basis für eine ökologische Industriepolitik schaffen. Die damit verbundenen Wirtschaftszweige wie Wasserstoff oder Batterieforschung müssen als Innovationstreiber für die gesamte Wirtschaft dienen. Dies ist zielführender als der eingeschlagene Weg, eine Ansammlung von kleinen Projekten ohne kohärente Gesamtausrichtung zu fördern.
- 2) Das Thema **Industriepolitik** darf nicht ad acta gelegt werden. Der amerikanische Autohersteller Tesla beabsichtigt, in Brandenburg massiv in die E-Mobilität zu investieren. Dagegen ist bei den deutschen Anbietern unklar, ob sie überhaupt in der Lage sein werden, die eigenen bestehenden Kapazitäten weiterzuentwickeln. Tesla sollte als Beispiel dafür genommen werden, dass gerade jetzt die Zeit gekommen ist, um neue Initiativen zu starten, die auch von mehreren Unternehmen gemeinsam vorangetrieben werden könnten.

„Für einen Zeitraum von zehn Jahren sollten auf Grundlage eines zu fassenden Beschlusses des Deutschen Bundestages alle neuen Forschungseinrichtungen und Bundesbehörden in Ostdeutschland angesiedelt werden.“

- 3) Für einen Zeitraum von zehn Jahren sollten, auf Grundlage eines zu fassenden Beschlusses des Deutschen Bundestages, alle neuen Forschungseinrichtungen und Bundesbehörden in **Ostdeutschland** angesiedelt werden.

- 4) Die insgesamt gute Lohnentwicklung der vergangenen Jahre muss weiter positiv begleitet werden. Dazu gehört die Anpassung des Mindestlohns durch eine **Reform des Mindestlohngesetzes** und der Geschäftsordnung der Mindestlohn-Kommission sowie die Entlastung niedriger Einkommen von Sozialbeiträgen, wie es die EU-Kommission in ihren länderspezifischen Empfehlungen seit Jahren beharrlich fordert. Gleichzeitig sollte die Rentenkommission in einem neuen Rentenkonzept die Rolle der kapitalgedeckten Renten neu adressieren.
- 5) Bund und Länder sollten eine Vereinbarung darüber treffen, zu welchen Bedingungen und in welcher Höhe den Kommunen **Altschulden** erlassen werden können. Das schafft neue Spielräume für Investitionen und stärkt die Demokratie, da neue demokratische Gestaltungsspielräume entstehen.
- 6) Bund und Länder sollten sich auf einen neuen Schlüssel für die **Verteilung der Gemeinschaftssteuern** verständigen, um strukturellen Schieflagen entgegenzuwirken. Beispielsweise werden bei der Umsatzsteuer wirtschaftlich starke Gemeinden in Westdeutschland bevorteilt: Derzeit erhalten die Kommunen 2,2 Prozent des Aufkommens der Umsatzsteuer. Dieses Geld wird nach einem Schlüssel verteilt, der Gemeinden bevorzugt, die durch historisch gewachsene oder geografische Faktoren ohnehin begünstigt sind. Denkbar wäre künftig eine Verteilung nach Einwohnerstärke oder anderen sozialen Indikatoren.

III. ERHALT UND VERBESSERUNG VON LEBENSQUALITÄT

Die BürgerInnen müssen an den Ergebnissen wirtschaftlicher Erfolge und an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben. Eine Politik für **inklusives Wachstum** sorgt dafür, dass das Leben bezahlbar bleibt und für die unteren Einkommensschichten Teilhabemöglichkeiten und Aufstiegschancen entstehen. Dies betrifft unter anderem weitere Anstrengungen zur Lösung der Probleme auf dem Wohnungsmarkt, Angebote zur Verbesserung sozialer und öffentlicher Dienstleistungen für mehr Teilhabe in den Städten und auf dem Land sowie die Entlastung von GeringverdienerInnen.

„Staatliche Investitionen in die Teilhabechancen der Menschen sind Voraussetzung für Innovationsfähigkeit und Wachstum – und in der Regel weitaus günstiger als die nachträgliche Reparatur von Folgen sozialer Ausgrenzung.“

Staatliche Investitionen in die Teilhabechancen der Menschen sind Voraussetzung für Innovationsfähigkeit und Wachstum – und in der Regel weitaus günstiger als die nachträgliche Reparatur von Folgen sozialer Ausgrenzung. Der Zugang aller zu wichtigen **öffentlichen Gütern** lässt sich nur einlösen, indem öffentliche Institutionen gestärkt und erneuert werden. Bei öffentlichen Institutionen handelt es sich nicht nur um die Kernverwaltung, sondern vor allem um Räume, in denen Menschen zusammenkommen, um ein öffentliches Gut in Anspruch zu nehmen: Kitas, Schulen und Hochschulen, öffentliche Parks und der öffentliche Nahverkehr, Jugendzentren und Kulturhäuser, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, Stadtteilzentren und Jobcenter.

Unsere europäischen Nachbarn setzen in diesem Zusammenhang auf die **strategische Förderung von sozialen Innovationen**. So organisiert Frankreich im Rahmen des neuen Programms „French Impact“ nationale Wettbewerbe zur Entwicklung neuer politischer Problemlösungen. Dabei werden Akteure der sozialen Innovation und der öffentlichen Verwaltung für gemeinsame Herausforderungen mobilisiert.

Ferner gehört in den Kontext von Lebensqualität eine **„Zeitpolitik“**, die diesen Namen verdient. Zeitpolitik umfasst mehr als flexible Arbeitszeitmodelle und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie ermöglicht allen BürgerInnen, ein gesundes und selbstbestimmtes Leben mit weniger Stress und mehr Zeit zu führen. Und sie hilft durch Investitionen und Schutzrechte denjenigen Gruppen, die besonders von Zeit-Ungerechtigkeit betroffen sind.

WIR SCHLAGEN VOR:

- 1) Das Ziel sollte eine auf zehn Jahre angelegte **Wohn-Offensive** zur Stärkung des preisgebundenen Wohnungsangebots sein, damit perspektivisch wieder ausreichend viele Wohnungen für die Mittel- und GeringverdienerInnen zur Verfügung stehen.
- 2) Neben der quantitativen Dimension garantiert progressive Politik auch die Qualität der **Sozial- und Bildungsinfrastruktur**. Schulen sollten heute anders aussehen als vor 100 Jahren. Benötigt wird in einem qualitativ anspruchsvollen und flächendeckenden Ganztagschulsystem ein enges Zusammenspiel zwischen LehrerInnen und SchulsozialarbeiterInnen sowie weiteren professionellen Gruppen, die Kinder fördern können. Die dafür notwendigen Standards und Investitionen, ebenso wie die Programme gegen Lehrermangel, müssten vom Bund flankiert werden.

„Wir brauchen einen Pakt von Bund, Ländern und Kommunen für die Verbesserung öffentlicher Institutionen und Räume.“

- 3) Wir brauchen einen Pakt von Bund, Ländern und Kommunen für die **Verbesserung öffentlicher Institutionen und Räume**. Ganz gleich ob ÖPNV, Straßen, Parks oder öffentliche Dienstleistungen – die Art und Weise, wie der Staat seinen BürgerInnen gegenübertritt, entscheidet über Akzeptanz und Vertrauen.
- 4) Eine progressive Regierung nimmt die Dimension **„Zeitpolitik“** in den Fokus und erarbeitet Vorschläge, wie für möglichst viele Menschen mehr „Zeitwohlstand“ geschaffen werden könnte. Denkbar wäre etwa die Anhebung des gesetzlichen Mindesturlaubs von 20 auf 25 Tage oder die Wiedereinführung von „Haushaltstagen“ zusätzlich zum Urlaub, die zur Erledigung von Behördengängen oder Arztbesuchen verwendet werden könnten.
- 5) Die Bundesregierung sollte **soziale Innovationen** systematisch entwickeln, fördern und begleiten. Sie sollte die notwendigen Voraussetzungen und eine klare Zuständigkeit im Bund für dieses Thema schaffen.

IV. MIGRATION UND INTEGRATION

Die Bundesregierung muss sich weiterhin der Frage einer gesteuerten **Migration** stellen und dabei die Megatrends der globalen Wanderungsbewegungen, der Digitalisierung und der Demografie berücksichtigen. Dazu gehören sowohl klare Prinzipien der Arbeitsmigration wie auch der Integration von Geflüchteten.

Deutschland hat vor allem 2015/16 eine große Zahl von Geflüchteten aufgenommen. Viele von ihnen werden absehbar hierbleiben. Mit der richtigen Politik werden sie unsere **Gesellschaft bereichern**. Um in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt langfristig Fuß zu fassen, benötigen sie und ihre Kinder noch mehr teilhabeorientierte Unterstützung.

Es ist wenig ermutigend, dass Deutschland mit Blick auf die soziale **Aufwärtsmobilität** von weniger privilegierten Schichten im internationalen Vergleich nach wie vor im Hintertreffen ist. Diese Situation ist auch angesichts des sich parallel regional verschärfenden Fachkräftemangels gefährlich. Die Bundesregierung muss eine konzeptionelle Weiterentwicklung der **sozialen Integration** von Geflüchteten vorantreiben, die die Menschen in die Lage versetzt, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und von der auch die Wirtschaft profitiert.

„MigrantInnen werden zunehmend zur Zielscheibe von rechtsextremem Terror, während die AfD gegen sie hetzt und Hass befördert.“

Zugleich muss sich die Politik verstärkt auch denjenigen Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte zuwenden, die hier geboren sind oder schon länger in Deutschland leben. Viele von ihnen werden nicht als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft wahrgenommen, obwohl sie einen enormen Beitrag zum Wohlstand dieses Landes leisten. Hinzu kommt: MigrantInnen werden zunehmend zur Zielscheibe von **rechtsextremem Terror**, während die AfD gegen sie hetzt und Hass befördert. Das ist der neue Kontext, in dem das Einwanderungsland Deutschland sich heute befindet. Will Deutschland weiterhin attraktiv für Zugewanderte sein, muss diesem Klima der Angst unbedingt Einhalt geboten werden. Davon hängt die Zukunft unseres Landes entscheidend ab.

WIR SCHLAGEN VOR:

- 1) Der Bund sollte eine **Initiative „Zusammenhalt in Vielfalt“** ins Leben rufen, die systematisch alle Möglichkeiten nutzt, um für eine stärkere Sichtbarkeit von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Raum zu sorgen. Positive Vorbilder sind gerade auch für Jugendliche mit schlechten Startbedingungen elementar wichtig. Gleichzeitig prägt es das Selbstbild des Landes, wenn sich die vielfältige Zusammensetzung der Gesellschaft auch in den Medien, im öffentlichen Dienst, in Vereinen und Verbänden sowie in Führungspositionen der Wirtschaft, Politik und Wissenschaft widerspiegelt.
- 2) In diesem Kontext sollte sich die Bundesregierung das Ziel stecken, den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in den Bundesbehörden (derzeit etwa 15 Prozent) jedes Jahr um einen Prozentpunkt zu steigern, so dass in zehn Jahren ein Wert von 25 Prozent erreicht ist. Die Bundesverwaltung hat hier eine **Vorbildfunktion** für die gesamte öffentliche Verwaltung in Deutschland.
- 3) Deutschland sollte seine Ratspräsidentschaft nutzen, um gemeinsam mit Frankreich eine Initiative zur **Neuordnung des europäischen Migrationsregimes** zu starten. Der jetzige Zustand, wo jede Seenotrettung zu einer internationalen Krise wird, ist unhaltbar. Das gemeinsame Ziel muss es sein, die Zahl der Toten im Mittelmeer drastisch zu reduzieren, das Asylrecht zu bewahren und gleichzeitig die irreguläre Migration einzudämmen.

V. REPUBLIKSCHUTZ UND VERTEIDIGUNG DER DEMOKRATIE

„Wir brauchen jetzt eine große gesamtstaatliche Kraftanstrengung zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus.“

Der Mord an Regierungspräsident Walter Lübcke hat der deutschen Öffentlichkeit erneut vor Augen geführt, dass in Deutschland **terroristische Neo-Nazi-Netzwerke** entstanden sind, deren AnhängerInnen sich angesichts eines nach rechts kippenden gesellschaftlichen Diskurses

zunehmend ermutigt sehen, zur Tat zu schreiten. Die staatlichen Sicherheitsbehörden haben die rechtsradikalen Umtriebe in der Vergangenheit systematisch unterschätzt oder als Dumme-Jungen-Streiche abgetan. Wir brauchen jetzt eine große gesamtstaatliche Kraftanstrengung zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus. Die Große Koalition muss Maßnahmen vorlegen, wie dieser Kampf gegen Rechts, zum Schutz unserer Republik und zur Stärkung der Demokratie vorangebracht werden kann.

WIR SCHLAGEN VOR:

- 1) Das angekündigte **Demokratiefördergesetz** sollte zügig auf den Weg gebracht werden, um zum Beispiel im Kontext des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ geförderten Initiativen längerfristige Perspektiven zu bieten.
- 2) Da das Vorhaben, eine Expertenkommission zur Belebung der Demokratie einzurichten, nach wie vor nicht umgesetzt ist, sollte stattdessen eine „**Enquete Demokratiestärkung**“ eingerichtet werden. Diese sollte unter anderem der Frage nachgehen, welche Maßnahmen die politische Vielfalt und den Dialog stärken, wie parlamentarische Abläufe aktuellen Herausforderungen angepasst werden können und ob neue Orte des demokratischen Miteinanders stärker einbezogen werden müssen. Zudem sollte es darum gehen, wie die junge Generation stärker beteiligt werden kann, zum Beispiel durch eine Absenkung des allgemeinen Wahlrechts auf 16 Jahre.
- 3) Dringend notwendig ist eine kohärente progressive **Strategie gegen Rechtsextremismus**, die ressortübergreifend konzipiert und gemeinsam mit den zuständigen Stellen in den Ländern koordiniert ist. Rechte Netzwerke sammeln systematisch Informationen über ihre politischen GegnerInnen und veröffentlichen personenbezogene Daten. Entsprechende Straftaten müssen weitaus konsequenter geahndet werden. Die Meldewege zwischen den Sicherheitsbehörden müssen verbessert werden. Opfer von Datenleaks müssen umgehend informiert werden. Um dem Hass im Netz entgegenzuwirken, sollte das **Netzwerkdurchsetzungsgesetz** wie geplant vorzeitig evaluiert werden. Nur zu löschen reicht bei strafbaren Inhalten allerdings nicht. Zusätzlich benötigen wir eine effektive Strafverfolgung durch einen entsprechenden Personalaufbau bei Polizei und Justiz. Verfolgen statt nur zu löschen – das muss bei strafbewährten Inhalten künftig die Devise sein.
- 4) Um der zunehmenden Skepsis gegenüber PolitikerInnen und ihrer Arbeit entgegenzuwirken, ist **mehr Transparenz** in politischen Entscheidungsfindungsprozessen vonnöten. Zum einen muss die Finanzierung von Parteien transparenter werden: Dazu müssen dringend Regelungen in das **Parteiengesetz** aufgenommen werden, die eine Umgehung von Veröffentlichungspflichten durch Werbemaßnahmen von Dritten erschweren. Die WählerInnen haben ein Recht zu erfahren, wer eine Partei unterstützt und damit ggf. auch Einfluss auf die parlamentarische Arbeit zu nehmen versucht. Zum anderen sollte das Sponsoring von Parteien transparenter werden, indem es in den Rechenschaftsberichten der Parteien aufgeführt wird. Darüber hinaus brauchen wir ein nationales **Lobbyregister**, in dem sich VertreterInnen von Interessengruppen eintragen lassen müssen. Damit würde nachvollziehbar werden, welche Organisationen unter welchen Bedingungen an Gesetzgebungsprozess beteiligt sind.

Das Projekt „Progressives Regieren 2020plus“

Das Papier „Große Koalition für große Herausforderungen? Warum die Bundesregierung jetzt einen progressiven Neustart braucht“ ist das Ergebnis eines intensiven Austauschs unter WissenschaftlerInnen sowie politischen PraktikerInnen im Herbst 2019. Es bildet zugleich den Auftakt für das Projekt „Progressives Regieren 2020plus“. Auf www.progressives-zentrum.org/progressives-regieren werden wir ab Dezember 2019 in loser Abfolge Impulsbeiträge von AutorInnen aus Wissenschaft, Publizistik und Politik veröffentlichen, die Anforderungen an eine progressive Politik in Deutschland formulieren. Die Leitfrage lautet: Mit welchen Ansätzen und Maßnahmen lassen sich der soziale Zusammenhalt sowie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationsfähigkeit stärken?

Das übergeordnete Ziel des Projekts ist es, eine Reformagenda für 2020 und darüber hinaus zu identifizieren, an der sich fortschrittliche Politik messen lassen muss – unabhängig davon, welche Parteien die Regierung bilden.

Das Progressive Zentrum



Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit dem Ziel, neue Netzwerke progressiver AkteurInnen unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht *Das Progressive Zentrum* besonders junge VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in die Debatten ein. Die Themenschwerpunkte liegen entlang der drei Programmbereiche *Zukunft der Demokratie*, *Strukturwandel* sowie *Internationale Beziehungen* mit einem besonderen Fokus auf die europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Die Organisation hat ihren Sitz in Berlin und wirkt darüber hinaus in vielen Ländern Europas (u. a. Frankreich, Polen, Großbritannien) sowie in den USA.

Impressum:

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten von *Das Progressive Zentrum* auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

ISBN 978-3-96759-007-4

© Das Progressive Zentrum e.V., 2019

Ausgabe: November 2019

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e.V.
Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorsitzende: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach,
Katarina Niewiedzial
Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org
www.facebook.com/DasProgressiveZentrum
twitter: @DPZ_Berlin

Redaktion: Vincent Venus, Noémi Shirin Unkel,
Lukas Schwemer

Design: 4S & Collet Concepts

Layout: Daniel Menzel